

Bundesprüfertage® 2016

25. und 26. August 2016

Ihre Kundennummer (falls bekannt):

Anmeldeformular

senden per Fax an: (030) 293350 – 39

senden per E-Mail an: info@kbw.de

KOMMUNALES
BILDUNGSWERK e. V.

Kommunales Bildungswerk e.V.
Gürtelstraße 29a/30
10247 Berlin
Tel. (030) 293350-0

www.bundespruefertagung.de

Name / Vorname	Code	Datum	Gebühr
	RPT16	<input type="radio"/> 25. und 26.08.2016	299,00 EUR (bei Buchung bis 29.06.2016)
	RPT16	<input type="radio"/> 25. und 26.08.2016	329,00 EUR (bei Buchung ab 30.06.2016)
	RPT16-1	<input type="radio"/> nur 25.08.2016	185,00 EUR (bei Buchung bis 29.06.2016)
	RPT16-1	<input type="radio"/> nur 25.08.2016	200,00 EUR (bei Buchung ab 30.06.2016)
	RPT16-2	<input type="radio"/> nur 26.08.2016	185,00 EUR (bei Buchung bis 29.06.2016)
	RPT16-2	<input type="radio"/> nur 26.08.2016	200,00 EUR (bei Buchung ab 30.06.2016)

Bitte ankreuzen: Arbeitskreis Doppisches Rechnungswesen und die Rechnungsprüfung
oder
 Arbeitskreis Ausgewählte aktuelle Handlungsschwerpunkte im Prüfungsalltag

Telefonnummer (privat - nur für den Notfall) _____

Tätigkeit (z. B. Dezernent/in, Amtsleiter/in, Prüfer/in...): _____

Absender (nach Möglichkeit Stempel)

Telefon: _____

Telefax: _____

E-Mail-Adresse: _____

Ansprechpartner/in:

Herr

Frau

Teilnahmebedingungen: Die kostenlose Stornierung ist bis zum 27.07.2016 möglich; ab 28.07.2016 werden 50 % der Tagungsgebühr fällig, bei Stornierungen ab dem 11.08.2016 wird die volle Teilnahmegebühr berechnet. Wir erkennen die Teilnahmebedingungen gemäß Seminarprogramm an.

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Hotelzimmerreservierung

Wünschen Sie eine Zimmerreservierung im Tagungshotel ABACUS (78,50 € / EZ und 101,00 € / DZ) oder in einem anderen unserer Vertragshotels? Die o. g. Zimmerpreise verstehen sich pro Zimmer / Nacht inkl. Frühstücksbüffet.

- ABACUS Tierpark Hotel Berlin
 anderes Hotel / Hotelwunsch _____

Ich bitte um Reservierung von _____ Einzelzimmer/n _____ Zweibettzimmer/n

vom _____ bis _____

Name / Vorname _____

Die kostenlose Stornierungsfrist bei Hotelzimmern beträgt in jedem Fall 3 Werktage.

Tagungskosten: 299,00 € bei Anmeldung bis zum 29. Juni 2016;
329,00 € bei Anmeldung ab dem 30. Juni 2016 (bei Buchung einzelner Tage 185,00 € bzw. 200,00 € pro Tag).

Veranstaltungsort: Abacus Tierpark Hotel Berlin, Franz-Mett-Straße 3-9, 10319 Berlin

Impressum: Kommunales Bildungswerk e.V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin,

Tel. (030) 293350-0, Fax (030) 293350-39, info@kbw.de, www.kbw.de

Gesamtherstellung: Druckerei Lippert GmbH (info@druckerei-lippert.de)

KOMMUNALES
BILDUNGSWERK e. V.

zertifizierter Bildungsträger nach
► DIN EN ISO 9001:2008
► AZAV

Gürtelstraße 29a/30 (Steinbeis-Haus) * 10247 Berlin * Tel. 030 29 33 50 -0 * Fax 030 29 33 50 -39

E-Mail: info@kbw.de * Internet: www.kbw.de

Berlin, im April 2016

Bundesprüfertage® Berlin 25. und 26. August 2016

Aktuelle Entwicklungen und Fragestellungen im Prüfungsalltag

- Welchen Beitrag kann eine moderne Finanzkontrolle für die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte leisten?
- Die Neuregelungen im Vergaberecht – Auswirkungen auf die Rechnungsprüfung
- Identifizierung EU-beihilfenrechtlicher Risiken im Rahmen der Jahresabschlussprüfung von Kommunen und ihren Unternehmen

Bundesweite Fachtagung für Leiter/innen und Mitarbeiter/innen von Rechnungsprüfungsämtern und anderen Prüfungsbehörden sowie von Rechnungsprüfungsausschüssen

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit 16 Jahren erfreut sich die Bundesprüfertagung® überaus großer Wertschätzung im Kreis der Prüferinnen und Prüfer aller Verwaltungsebenen. Sie wurde zu einem der führenden Foren der Fortbildung und des Erfahrungsaustausches.

Auch in diesem Jahr greift die Tagung aktuelle Themen auf und gibt Ihnen als örtliche und überörtliche Prüferinnen und Prüfer wertvolle Lösungen, Hinweise und Anregungen für Ihren Praxisalltag an die Hand.

Im Vordergrund steht deshalb - angesichts der aktuellen und künftigen Herausforderungen - wie die moderne Finanzkontrolle effektiv zur Stabilisierung der kommunalen Haushalte beitragen kann. Hier reicht das Spektrum von Konsolidierungspotenzialen, Aspekten der doppelten kommunalen Schuldenbremse bis hin zum Risikomanagement in kommunalen Unternehmen. Auch die Neuregelungen der Vergaberechtsnovelle mit ihren Auswirkungen auf die Rechnungsprüfung dürften daher Ihr Interesse finden.

Für den zweiten Tagungstag bieten wir Ihnen an, entweder am Arbeitskreis 1 zu Fragen der Rechnungsprüfung des doppelten Haushalts teilzunehmen oder im Arbeitskreis 2 Neues zu aktuellen Handlungsschwerpunkten im Prüfungsalltag zu erfahren.

Das Team des Kommunalen Bildungswerks e. V. freut sich, Sie zu unserer Bundesprüfertagung® 2016 zu begrüßen.

Ihr

Dr. Andreas Urbich
Geschäftsführer KBW e. V.

Für die Tagung wurde ein Antrag auf Anerkennung zur Gewährung von Bildungsfreistellung/Bildungsurlaub gemäß § 11 Berliner Bildungsurlaubsgesetz (BiUrlG) vom 24.10.1990 gestellt.

Donnerstag, 25. August 2016	
10:00 Uhr	Begrüßung und Eröffnung Herr Dr. Andreas Urbich, Geschäftsführer des KBW e. V.
10:15 Uhr	Welchen Beitrag kann eine moderne Finanzkontrolle für die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte leisten? Herr Dr. Walter Wallmann, Präsident Hessischer Rechnungshof
12:00 Uhr	Mittagspause
13:00 Uhr	Compliance und Risikomanagement in öffentlichen Unternehmen. Hinweise für die Prüfungspraxis Herr Prof. Wolfgang Trautner, Notar und Rechtsanwalt, HEUSSEN Rechtsanwalts-gesellschaft mbH
14:00 Uhr	Kommunikationspause
14:30 Uhr	Die Neuregelungen im Vergaberecht – Auswirkungen auf die Rechnungsprüfung Herr Carsten Schmidt, Rechtsanwalt, CLP Rechtsanwälte
Für Interessenten	
16:15 Uhr	Beginn des Rahmenprogramms
20:00 Uhr	Arbeitsessen im Tagungshotel

Freitag, 26. August 2016

Der 2. Tagungstag findet in zwei parallelen Arbeitskreisen statt.

Arbeitskreis 1 Doppisches Rechnungswesen und die Rechnungsprüfung	
09:00 Uhr	Bilanzanalyse und Bilanzpolitik - Worauf Prüfer achten sollten Herr Prof. Dr. Ralf Gerhards, Dozent an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg
10:15 Uhr	Inhalte und Strukturen der Freigabe und Zertifizierung finanzwirksamer Programme. Wie kann die Rechnungsprüfung besser unterstützt werden? Herr Dr. Uwe Schwochert, TRUSTBIT
11:00 Uhr	Kommunikationspause
11:30 Uhr	Die Prüfung kommunaler Einnahmen auf Basis eines effizienten Forderungsmanagements Herr Thomas Idstein, Leiter komm. Forderungsmanagement, Wiesbaden

Arbeitskreis 2 Ausgewählte aktuelle Handlungsschwerpunkte im Prüfungsalltag

09:00 Uhr	Prüfung von Zuwendungen und Verwendungsnachweisen - Systematik und Praxisfragen Frau Susanne Proboscht, Abteilungsleiterin, Karlsruher Institut für Technologie
10:15 Uhr	Identifizierung EU-beihilfenrechtlicher Risiken im Rahmen der Jahresabschlussprüfung von Kommunen und ihren Unternehmen Herr Dr. Alexander Glock, Rechtsanwalt, SRS Schüllermann und Partner mbB
11:00 Uhr	Kommunikationspause
11:30 Uhr	Prüfungskonzept Personalwesen - Bewährte Methoden in der Praxis Frau Beate Gissel-Baden, Leiterin des RPA der Stadt Bremerhaven

Anschließend Abschluss-Bufferet
Gegen 14:00 Uhr Ende der Tagung

Inhaltsangaben zu den Vorträgen
Eröffnungsvortrag: Herr Dr. Walter Wallmann Welchen Beitrag kann eine moderne Finanzkontrolle für die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte leisten?
Aufgrund der aktuellen Herausforderungen unterliegt auch die externe Finanzkontrolle einem Werte- und Zeitenwandel. Im Vortrag wird aufgezeigt, welchen Beitrag eine moderne Finanzkontrolle zur Unterstützung der Verantwortlichen der öffentlichen Haushalte leisten kann. Anhand ausgewählter Prüfungserkenntnisse und Empfehlungen zeigt sich, was zu einer Stabilisierung der öffentlichen Haushalte notwendig ist. Schwerpunkte des Vortrags: <ul style="list-style-type: none"> • Aufgaben und Organisation des Hessischen Rechnungshofs • Externe Finanzkontrolle im Wandel der Zeiten • Ausgewählte Beiträge zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte • Fazit: prüfen – beraten – informieren

Herr Prof. Wolfgang Trautner Compliance und Risikomanagement in öffentlichen Unternehmen. Hinweise für die Prüfungspraxis

Unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung werden die Aspekte der strafrechtlichen und zivilrechtlichen Haftung von Verantwortlichen in öffentlichen Unternehmen aufgezeigt. Daraus ergeben sich zum einen die Eckpunkte für die Tätigkeit des Compliance Officers und zum anderen die erforderlichen Inhalte für Regelungen, nach denen öffentliche Unternehmen die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben sicherstellen wollen. Hierzu werden Hinweise für die Prüfungspraxis gegeben, um die Einhaltung der Vorgaben überprüfen zu können.
Schwerpunkte des Vortrags:

- Compliance-Besonderheiten in öffentlichen Unternehmen
- Tätigkeiten eines Compliance Officers
- Strafrechtliche Verantwortung
- Haftungsrechtliche Risiken
- Anforderungen an Compliance-Richtlinien in öffentlichen Unternehmen

Herr Carsten Schmidt Die Neuregelungen im Vergaberecht – Auswirkungen auf die Rechnungsprüfung

Die nationalen und europaweiten Vergaberechtsvorschriften sind seit jeher u. a. aufgrund ihrer unübersichtlichen Systematik schwer handhabbar. Die Vergaberechtsreform 2016 verspricht – jedenfalls zunächst für den Überschwellenbereich – Besserung. Der Vortrag beleuchtet die wesentlichen systematischen und inhaltlichen Neuerungen und stellt anhand aktueller Rechtsprechungsbeispiele typische Problemfelder und Fehlerquellen im nationalen und europaweiten Vergabeverfahren dar. Die Teilnehmer erhalten praxisnahe Hinweise für eine zielgerichtete und sichere Prüfung der Auftragsvergabe.
Schwerpunkte des Vortrags:

- Grundprinzipien und Struktur des (neuen) Vergaberechts
- Schätzung des Auftragswerts (neue Schwellenwerte)
- Fristenmanagement (neue Fristen)
- Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)
- Fehlerquellen im Rahmen der Angebotswertung
- E-Vergabe

Herr Prof. Dr. Ralf Gerhards Bilanzanalyse und Bilanzpolitik - Worauf Prüfer achten sollten

Mit dem Ansatz, auch die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung zu prüfen, sind Erwartungen der Adressaten der Abschlüsse hinsichtlich des Wirtschaftens mit Zwangsabgaben verbunden. Um die Erwartungslücke zu verringern, müssen Möglichkeiten zur bilanzpolitischen Gestaltung bei der Erstellung öffentlicher Abschlüsse weitestgehend vermieden werden. Leitlinien sollten deshalb möglichst objektive, im Zweifel vorsichtige Abschlussinformationen sein. Aktuelle Entwicklungen, insbesondere auf europäischer Ebene, stehen dem allerdings oftmals entgegen. Der Vortrag stellt die Spezifika der Bilanzanalyse und Bilanzpolitik öffentlicher Abschlüsse heraus.
Schwerpunkte des Vortrags:

- Erwartungslücke als Grundproblem (auch) von öffentlichen Abschlüssen (Rechnungslegung und Bilanzpolitik versus Rechnungsprüfung und Bilanzanalyse)
- Die Rolle der Rechnungshöfe bei der Verringerung der Erwartungslücke: Bilanzanalyse als gesetzlicher Auftrag der Rechnungshöfe
- Gefahren einer Erweiterung der Erwartungslücke durch internationale Entwicklungen (EPSAS, CSR-Richtlinie der EU, International Standards on Auditing)
- Elemente einer Bilanzanalyse öffentlicher Abschlüsse

Herr Dr. Uwe Schwochert Inhalte und Strukturen der Freigabe und Zertifizierung finanzwirksamer Programme. Wie kann die Rechnungsprüfung besser unterstützt werden?

Die Freigabe und Prüfung der komplexen Finanzprogramme nach den kommunalen und kirchlichen Haushaltsverordnungen stellen hohe Anforderungen an die örtlichen Rechnungsprüfer. Dabei spielen zentrale Prüf- und Zertifizierungsleistungen, z. B. durch Landeseinrichtungen, eine wichtige Rolle. Sie können wirksam helfen, Freigabeprozesse vor Ort effizienter zu gestalten. Im Vortrag werden die wichtigsten Gestaltungsaspekte zentraler Programmprüfungen und ihre Bedeutung für die Vorortprüfung erläutert.
Schwerpunkte des Vortrags:

- Übersicht über Inhalte der Prüfung automatisierter Verfahren nach Vorgaben der Haushaltsverordnungen
- Verfahrens- und Struktur Aspekte für eine objektive Prüfung am praktischen Beispiel
- Einbindung öffentlicher / nichtöffentlicher Leistungsträger in die Prüfung
- Rolle des Gesetzgebers bei der Unterstützung der Freigabeprozesse vor Ort
- Bedeutung und Nutzbarkeit zentraler Prüfungen seitens „betroffener“ Kommunen

Herr Thomas Idstein Die Prüfung kommunaler Einnahmen auf Basis eines effizienten Forderungsmanagements

Wenngleich Einsparungen in der Haushaltsplanung bisher immer nur mit der Kürzung von Ausgaben verstanden wurden, richtet sich nunmehr der Fokus verstärkt auf die Einnahmeseite. Forderungsmanagement bedeutet, die effiziente Organisation und Beobachtung der Einnahmen schon vor deren Entstehung, bis hin zum Zahlungseingang. Die Prüfung des Umgangs mit kommunalen Forderungen erfordert in der heutigen Situation mehr denn je Kenntnisse zum organisatorischen Ablauf in der Foderungsbearbeitung, zur Ausfallvermeidung und zur Forderungsrealisierung. Der Vortrag stellt Möglichkeiten zur Einnahmearbeitung und -optimierung sowie deren Prüfungsmöglichkeiten vor.
Schwerpunkte des Vortrags:

- Organisatorische Grundlagen
- Beobachtung des Einnahmeverlaufs
- Umgang mit Zahlungsstörungen
- Controlling (Beteiligung der Fachbereiche - Berichtswesen)
- Erkennen von Risiken-Bewertung von Ausfallwahrscheinlichkeiten
- Verwertung von Kenntnissen und Beauftragung externer Dienstleister
- Bonitätsprüfungen im Vergabewesen

Frau Susanne Proboscht Prüfung von Zuwendungen und Verwendungsnachweisen - Systematik und Praxisfragen

Durch finanzielle Leistungen in Form von Zuwendungen ist es der EU, dem Bund, den Ländern und Gemeinden möglich, Stellen außerhalb der entsprechenden staatlichen Ebene bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen, wenn diese im erheblichen öffentlichen Interesse liegen. Das Spektrum der Förderung ist weit gefächert; entsprechend hoch ist die Summe der Fördermittel, die über Zuwendungen vergeben werden. Den Prüfungseinrichtungen kommt hier eine besondere Aufgabe zu. Unterhält der Zuwendungsempfänger eine eigene Prüfungseinrichtung, ist von dieser der Verwendungsnachweis vorher zu prüfen und die Prüfung unter Angabe des Ergebnisses zu bescheinigen. Dafür ist es unerlässlich, die einschlägigen Bestimmungen zu kennen, um von der Antragstellung bis zum bestimmungsgemäßen Nachweis der Mittel rechtskonform zu handeln.

Schwerpunkte des Vortrags:

- Rechtliche Grundlagen
- Der Zuwendungskreislauf
- Bestimmungsgemäßer Nachweis der Mittel
- Dokumentation
- Aufgaben der Rechnungsprüfer

Herr Dr. Alexander Glock Identifizierung EU-beihilfenrechtlicher Risiken im Rahmen der Jahresabschlussprüfung von Kommunen und ihren Unternehmen

Das EU-Beihilfenrecht hat für kommunale Rechnungsprüfer, staatliche Prüfungsbehörden und Rechnungshöfe in den letzten Jahren enorm an Bedeutung zugenommen. Der unmittelbar für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geltende IDW-PS 700 „Prüfung von Beihilfen nach Art. 107 Abs. 1 AEUV zugunsten öffentlicher Unternehmen“ verpflichtet die Prüfer im Rahmen von Jahresabschlussprüfungen zu einer verstärkten Berücksichtigung EU-beihilfenrechtlicher Risiken. Diese können in Form von möglichen Rückzahlungs- oder Schadensersatzverpflichtungen als Folge von Beschwerdeverfahren bei der EU-Kommission und/oder Konkurrentenklagen vor nationalen wie europäischen Gerichten Auswirkungen auf den

Jahresabschluss haben, z. B. im Hinblick auf notwendige Rückstellungen beim Beihilfenempfänger. Der Vortrag zeigt vor dem Hintergrund des IDW-PS 700 typische EU-beihilfenrelevante Fallgestaltungen und praxisnahe Lösungsmöglichkeiten auf.

Schwerpunkte des Vortrags:

- Wann liegt eine verbotene Beihilfe vor?
- Welche Ausnahmen vom grundsätzlichen Beihilfenverbot gibt es?
- Welche Verfahrensvorgaben macht das EU-Beihilfenrecht?
- Was sind „DAWI“-Tätigkeiten und warum benötigt man eine Trennungsberechnung?
- Welche Prüfungshandlungen ergeben sich aus dem IDW-PS 700?

Frau Beate Gissel-Baden Prüfungskonzept Personalwesen - Bewährte Methoden in der Praxis

Personalkosten bilden bei allen Gebietskörperschaften den in der Regel mit Abstand größten Anteil des Gesamthaushaltes. Diese Tatsache allein gebietet eine Prüfung der Personalkosten. Der Vortrag soll die Notwendigkeit der Prüfung des Personalwesens darstellen, verbunden mit Methoden, die aufgrund der Sensibilität der Daten und Fakten den Grundsätzen von Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit im besonderen Maße unterliegen. Dem Zielkonflikt zwischen Rechnungsprüfung und Datenschutz in Bezug auf personenbezogene Daten über Beschäftigte kommt dabei eine exponierte Bedeutung zu.
Schwerpunkte des Vortrags:

- Welche Aufgaben darf oder muss die Rechnungsprüfung bei der Prüfung des Personalwesens konkret wahrnehmen?
- Welche einzelnen Maßnahmen zum Verarbeiten personenbezogener Daten sind notwendig und geeignet, um diese Aufgabe zu erfüllen?
- Wie kann es gelingen, den Spagat zwischen Rechnungsprüfung und Datenschutz zu bewältigen?
- Wie gehen die Rechnungsprüfungsämter mit dieser besonderen Problematik um (Darstellung exemplarischer Beispiele aus einigen Kommunen)?

Referentinnen und Referenten (in alphabetischer Reihenfolge)

Prof. Dr. Ralf Gerhards hat nach seiner Ausbildung zum Sozialversicherungsfachangestellten an der Universität Trier ein Studium der Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt „Rechnungs- und Prüfungswesen“ absolviert. An der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig und promovierte. Bei SAP war er Berater im Public Sector, insbesondere für die Module CO und FI, sowie Leiter einer Entwicklungsabteilung. Seit 2007 ist Herr Dr. Gerhards Professor für betriebliches Rechnungswesen an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Mannheim, Schwerpunkt Öffentliches Rechnungswesen.

Beate Gissel-Baden, ist seit 2005 Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Bremerhaven; zuvor leitete sie 15 Jahre die Abteilung „Beamtenrecht“ im Personalamt. Sie wirkte in gutachterlicher Tätigkeit für die KGSt bei der Erarbeitung der Gutachten „Stellenplan-Stellenbewertung“ mit und führte viele Jahre Seminare zur Stellenbewertung durch. Seit 2001 ist sie Anti-Korruptionsbeauftragte beim Magistrat der Stadt Bremerhaven. Im Rahmen ihrer Vorstandstätigkeit beim Institut der Rechnungsprüfer (IDR) arbeitet sie zurzeit in einer Projektgruppe an der Erarbeitung „Einheitlicher Normen für die Rechnungsprüfung“.

Dr. Alexander Glock, LL.M. (Madison), ist seit 2008 Rechtsanwalt bei SRS Schüllermann und Partner mbB, Dreieich (Hessen) und heute Manager der bundesweit tätigen Schüllermann-Unternehmensgruppe. Er leitet dort den Bereich „EU-Beihilfen- und Vergaberecht“. Im Rahmen seiner Tätigkeit berät Herr Dr. Glock staatliche und kommunale Einrichtungen sowie Unternehmen speziell zu Fragen EU-beihilfenrechtskonformer Finanzierung und möglicher Ausschreibungspflichten bei Beschaffungsvorgängen. Nicht zuletzt hat er viele Umsetzungsakte im EU-Beihilfenrecht (Beträugsakte, AGVO-Anmeldungen, Notifizierungen) begleitet. Herr Dr. Glock ist darüber hinaus für verschiedene Bildungsinstitute (u. a. KBW e. V.) als Referent tätig und führt regelmäßig Seminare und Mandantenschulungen zu den genannten Themengebieten durch.

Thomas Idstein, Diplom-Verwaltungswirt, leitet seit 2003 das kommunale Forderungsmanagement der Landeshauptstadt Wiesbaden. Er ist dort verantwortlich für das Forderungscontrolling und das Berichtswesen, sowie die Organisation des Forderungsablaufs. Herr Idstein ist als Dozent auf Tagungen und in Seminaren besonders auf die Probleme des kommunalen Forderungsmanagements spezialisiert. In Aufsätzen für verschiedene Fachzeitschriften widmet er sich ebenfalls in vielfältiger Weise diesem Themenbereich.

Susanne Proboscht, Diplom-Verwaltungswirtin, ist seit 2013 Abteilungsleiterin Haushaltsmanagement im Karlsruher Institut für Technologie. Zuvor steuerte und überwachte sie beim Projektträger Karlsruhe als Beauftragte für den Haushalt das Fördermittelbudget des BMBF und BMWi für den Bereich Wassertechnologie und Entsorgung. Sie ist Ansprechpartnerin für Grundsatzfragen zum Zuwendungsverfahren. Seit vielen Jahren ist sie als Referentin bei Tagungen und Seminaren für verschiedene Bildungsträger zum Thema „Grundlagen des Zuwendungsverfahrens“ tätig.

Carsten Schmidt, LL.M., ist Rechtsanwalt und Partner der Düsseldorfer Wirtschaftskanzlei CLP Rechtsanwälte Gith Weßling & Partner mbB und leitet dort die Sparte „Vergabe- und Baurecht“. Seit über 13 Jahren berät er öffentliche Auftraggeber und private Unternehmen umfassend in sämtlichen Fragen des nationalen und europaweiten Vergaberechts. Herr Schmidt ist langjährig und regelmäßig als Referent für öffentliche Auftraggeber und Unternehmen tätig. Zudem ist er Mitautor verschiedener vergaberechtlicher Lehrbücher und Kommentare.

Dr. Uwe Schwochert, TRUSTBIT, ist seit 20 Jahren auf dem Gebiet der Prüfung finanzwirksamer Verfahren im kommunalen und kirchlichen Bereich tätig. Dabei sammelte er sowohl bei öffentlichen (SAKD) als auch bei privaten Prüfeinrichtungen (TÜVIT) Erfahrungen, nicht nur als Prüfer, sondern auch beim Aufbau der entsprechenden Prüfstrukturen und Verfahrensrichtlinien. Seit 2004 leitet er eine eigene Prüfstelle und ist gleichzeitig Vorstandsvorsitzender des OKKSA e. V. Herr Dr. Schwochert berät verschiedene öffentliche Stellen bei der Schaffung und Optimierung von organisationsübergreifenden Prüfstrukturen für IT-Produkte.

Prof. Wolfgang Trautner ist Honorarprofessor für öffentliches Baurecht und Vergaberecht an der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) in Gießen. Er ist Notar, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht sowie für Bau- und Architektenrecht und Partner des Anwaltsunternehmens HEUSSEN Rechtsanwalts-gesellschaft mbH am Frankfurter Standort und berät öffentliche Einrichtungen zu allen vergaberechtlichen und EU-beihilfenrechtlichen Fragestellungen. Er ist Mitherausgeber des Praxishandbuchs „Korruptionsbekämpfung“ beim Luchterhand-Verlag. In zahlreichen Vorträgen hat sich Herr Trautner mit Compliance und Risikomanagement vor allem in kommunalen Verwaltungen beschäftigt. Für diese erarbeitet er auch Compliance-Konzepte und Regelungen.

Dr. Walter Wallmann, Jurist, ist seit 1. Juli 2013 Präsident des Hessischen Rechnungshofs in Darmstadt und seit Januar 2014 außerdem Landesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung. Zuvor war er 16 Jahre lang im Hessischen Rechnungshof als Referent, Referatsleiter und schließlich als Leiter der Abteilung Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen tätig.